

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Erscheint 10mal wöchentlich.
Bezugspreis:
Abholer monatlich 10 A, vierteljährlich 2,60 A.
Durch Träger und Agenturen:
Monatlich 80 A, vierteljährlich 2,40 A.
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatlich 1 A, vierteljährlich 3 A (ohne Bestellgebühr).
Jahresabnahme:
Unter Kreuzband 15 A vierteljährlich.

Mittelrheinische Zeitung.

Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

Anzeigenpreise:
Die Anzeigenzeitung in Wiesbaden 20 A.
Deutschland 20 A, Ausland 40 A.
Die Rheinische 1,50 A.
Anzeigenannahme:
Für Abendausgabe bis 1 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Bezugspreis:
Inserate und Abonnements: Nr. 100,
Redaktion: Nr. 120; Verlag: Nr. 120.

37 Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, 21. Januar 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

Im Reichstag hielt gestern der Staatssekretär Delbrück eine längere Rede zum Etat des Reichsamt des Innern.

Im Abgeordnetenhaus wurde gestern die Beratung über den Landwirtschaftsetat fortgesetzt.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die Wahl des Abg. v. Liebert (Np.), der den sächsischen Wahlkreis Borna-Bergau vertritt, als ungültig erkannt.

Vor der neuen Zählweise.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Die tagelangen Verhandlungen zwischen Führern des Zentrums, der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei über ein gemeinsames Vorgehen bei den neuen Zählweisen haben gestern keine Einigung erzielt. Die drei Parteien werden getrennt handeln. Die Fortschrittspartei, deren Interpellation über die bekannte Rabinowitsch-Debatte durch die amtlich angekündigte Nachprüfung der Offiziersdienstvorschriften inzwischen betrübend gegenstandslos geworden ist, bringen einen Initiativentwurf ein, der ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen der Offiziersdienstvorschrift und dem Militärischen in Friedenszeiten enthält. In drei kurzen Paragraphen sollen die Fälle reichsgesetzlich festgelegt werden, in denen das Militär von seinen Waffen Gebrauch machen darf: bei militärischen Übungen aller Art, bei und nach Verhängung des Belagerungszustandes und auf Ansuchen der Zivilbehörden zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Wenn dieser Antrag eine Mehrheit fände, würde er nach der Verhängung bei anderen Gelegenheiten einer Kommission zur Durchberatung überwiesen und nach dreimonatiger Stellung an die Verbündeten Regierungen zur Beschlussfassung weitergeleitet werden.

Ob die Verbündeten Regierungen einen solchen Gesetzentwurf, wenn er alle Klippen der dreimonatigen Stellung gut überwinden würde, annehmen würden, mag zweifelhaft sein. Sicher ist dagegen, daß die Geschäftsordnung des Reichstages zunächst gar keine Möglichkeit der Behandlung und Abstimmung bietet. Initiativentwürfe der Parteien können nur an sogenannten Schwerinstagen auf die Tagesordnung kommen. Aber wann wird der nächste Schwerinstag stattfinden? Schon vor einer Woche hat der Senatskonvent beschlossen, bis Otern möglichst alle Schwerinstage ausfallen zu lassen, um den Etat diesmal rechtzeitig zum 1. April fertigstellen zu können. Der fortgeschrittliche Gesetzentwurf wird also einer langen Verzögerung anheimfallen.

Das Zentrum und die Nationalliberalen wollen, jeder für sich, Resolutionen einreichen, die nach der Geschäftsordnung zu jeder Beratung eingebracht und zur Abstimmung zugelassen werden. Diese Resolutionen werden den Reichsanwalt auffordern, seinerseits einen Gesetzentwurf zur Klärung, reichsgesetzlicher Abgrenzung der Befugnisse der Militär- und Zivilbehörden dem Reichstage baldmöglichst vorzulegen. Natürlich steht es in dem Falle dem Kanzler, oder richtiger den Verbündeten Regierungen frei, die Aufforderung des Reichstages zu befolgen oder nicht.

Es gibt ja theoretisch noch zwei andere Wege gemeinsamen Vorgehens: ein Dringlichkeitsantrag, der sofort behandelt werden könnte, und ein Interpellationsbeschluss (Vertrauens- oder Misstrauensvotum) als Ergebnis der Debatte. Aber für einen Interpellationsbeschluss ist diesmal ganz gewiß keine Mehrheit wie am 4. Dezember v. J. zustande zu bringen, so daß selbst die Sozialdemokratie kaum einen solchen Antrag stellen würde. Und ein Dringlichkeitsantrag hat zur Voraussetzung, daß seiner Behandlung niemand widerspricht. Da ein Widerspruch aus den Reihen der Konservativen mit Sicherheit zu erwarten wäre, wird niemand ihn diesen Weg beschreiten. Man muß wünschen, daß jetzt endgültig ein klarer Schlussatz unter die Angelegenheit von Zählweise gesetzt werden kann.

Die Zählweise.

Von einem in Wiesbaden lebenden Stadsoffizier, der lange im Elsaß gestanden hat, erhalten wir eine Zählweise, die angesichts der Neuauflage der Zählweise im Reichstage von Interesse ist und der wir darum folgendes entnehmen:

Wenn man 14 Jahre im Reichslande, Elsaß und Lothringen gewohnt hat, so kann man die jetzigen Verhältnisse beurteilen, aber nicht verstehen, wie in Zabern die Einwirkung der Zivilbehörden jetzt geringer sein konnte, als sie es v. B. Anfang der 80er Jahre war.

Damals kam es gelegentlich eines Volksfestes zu erheblichen Widerständen gegen die eingreifende Gendarmerie, die mit Stöcken beworfen und von der Menge angegriffen wurde. Ich fragte damals einen Gendarmenwachmeister, warum sie nicht von ihren Waffen Gebrauch gemacht hätten. Er antwortete: „Wo denken Sie hin, dann wären wir Gendarmen bald ohne Brot.“

Dem Zaberner Janhagel gegenüber stehen die berittenen Gendarmen auf Anordnung sogar ihre Pferde und Schutzwaffen zu Hause. Ein berittener Gendarm ohne Pferd mit schwerem, bespanntem Stiefel und heftig beladener Reitboje und ohne Schutzwaffe ist nicht im Stande, einer Volksmenge gegenüber zu imponieren, viel weniger aber, einen Schreier oder Attentäter auf dem

großen Haufen heraus festzunehmen; er macht sich zum Geißel der Menge.

Man mag über das beherzte Vorgehen des Obersten v. Meuter vom juristischen Standpunkte aus so oder so denken; seine Handlungsweise wurde hervorgerufen durch die Tatsache, daß es der Zivilbehörde und deren Vollziehorganen nicht gelungen war, seine Offiziere und das Ansehen der bewaffneten Macht, die nicht nur für äußere Feinde bestimmt ist, gegen Verleumdungen und Anarische zu schützen. Dem Militärbehörden gelang es wenigstens, die Ruhe herzustellen, wenn auch nicht mit sauberen und pflanzenweiden Mitteln. Soweit durfte die Zivilbehörde es nicht kommen lassen!

Von einer würdigen und ruhigen Haltung der Zaberner Bevölkerung, die es verhindert habe, daß Blut geflossen sei, kann man doch nur Kindern gegenüber sprechen. Das wenig würdige Verhalten des bismarckianischen und des Zaberner Pöbels, die ärmlichen Straßenschilderungen und unflätigen Beschimpfungen von Offizieren wurden ja auch von dem Staatssekretär Dr. Jörn von Bülau scharf verurteilt. Daß die Entfernung des jungen Leutnants, dessen jugendlich unbefonnenen Worte ein jeder auf scharfe Verurteilung muß, von seiner Dienststelle allein die Ruhe und das gute Einvernehmen mit der Bürgerschaft wiederhergestellt hätte, kann in Zweifel gestellt werden. Seine Person hätte nur den Stein ins Rollen gebracht. Schon vor dem letzten Zaberner Fall ging eine Offiziersdame (die Waise) war abwesend) mit einem 8 bis 10jährigen Knaben in die Stadt. Zwei 15- bis 16-jährige Bengels folgten und überhäuften sie mit den unflätigsten Schimpfwörtern, wie „Ihr Stinkputz, ihr dreckigen“ usw. Da die Dame ruhig weiter ging, sprang einer der Bengels heran und schlug dem Knaben ins Gesicht. Die nunmehr auf der Straße gereizte Mutter warf sich auf den Jungen und verprügelte ihn ordentlich, während der andere die Flucht ergriff.

Diese kleine friedliche Episode spricht Bände von der Verheerung der Bevölkerung und deren Jugend, die sich die elassische Schandrevue und auch manche Volksvertreter erinnern an Wetterles Mundreden mit aufreizenden Vorwürfen — in letzter Zeit mehr als je anlegen sein lassen, zum großen Schaden unseres gemeinsamen Vaterlandes, aber auch zum großen Schaden Elsass-Lothringens.

Der reichsländische Nationalismus vor dem Reichlichen Rat.

Aus Straßburg, 19. Januar, wird uns geschrieben: Die Neurechtsverhandlung vor dem Reichlichen Rat am letzten Samstag betraf, wie die „Wiesbadener Zeitung“ schon kurz meldete, die durch den Meier Bezirkspräsidenten ausgesprochene Auflösung des Souvenir alsacien lorrain. Diese neoparlamentarische Angelegenheit aus jüngeren Zeiten ohne eigene französische Tradition, die aber der national-elassischen Dege von Frankreich her und noch mehr den Einwirkungen aus dem Lande selbst verfallen war. Nachdem der Souvenir alsacien lorrain durch Unterzeichnung des deutschen Gebiets im Reichslande und insbesondere durch seine französische Kriegerdenkmalsfeiern zu Kolléville und Weisenburg festere allerdings mit Unterstützung der Regierung in seinen rein französischen Bestrebungen als politischer Verein eingeschätzt und zur Vorlage der Savungen und Mitgliedsverzeichnisse aufgeführt wurde (§§ 2 und 17 des Reichsvereinsgesetzes), löste er sich freiwillig auf. Allerdings: die Bekanntgabe der Liste hätte manchem in der Regierungskasse zu Einfluß und Würde gelangten Notablen verdrüsslich werden können.

Daher gab man dem Knabe einen anderen Namen: Souvenir alsacien lorrain, und oaktierte weiter, wie voranzutreiben, Statuten, Mitglieder und Vorstand die gleichen. Mit diesem im Reichslande erprobten Trick dauerte es nicht lange, und da auch jetzt auf Anfordern der Regierung die Statuten und Mitgliedsverzeichnisse vorgelegt wurden, verschaffte man sich durch Hausdurchsuchung, die recht belangvoll ausfiel. Die strafrechtliche Seite dieser Querebene unterlag zunächst dem „Schöffengericht“ Meß, das Freispruch erließ, während die Strafkammer eine Geldstrafe von 50 Mark verhängte. Bemerkenswert für die weniger in elass-lothringischen Dingen unterrichteten Altsachverständigen ist, abgesehen von der an Hochverrat grenzenden Taktlosigkeit zwecks Verurteilung Elsass-Lothringens vom Deutschen Reich, daß man auf die Embleme der Mitglieder diplome das elass-lothringische und das französische Wappen nebeneinander angebracht hatte. Außer einer Reihe französischer Offiziere stellte man noch französische Abgeordnete und Schriftsteller als Mitglieder fest, zum Beispiel Barrès, Minister Lebrou, Deschanel, Cassagnac, Gail, Henri Lichtenberger u. a. Die politische Organisation lag also einwandfrei klar, ebenso klar ergab sich aber auch die verwaltungsseitige Auflösung des Souvenir alsacien lorrain.

Die Verteidigung der Gesellschaft lag in den Händen des national-elassischen Kolmarer Rechtsanwalts Dr. Delmer, eines noch jungen Mannes und Vehrersohnes aus Barr. Dieser rügte Mangel an Gründen und ungenügende Tatsachensicherung; die Behauptung, die genannte Vereinigung stelle eine Fortsetzung des Souvenir alsacien dar, müsse als unwahr bezeugt werden; auch sei eine solche Tatsache unerblicklich, und was der Souvenir alsacien getan habe, gehe den Souvenir alsacien lorrain nichts an und dürfe ihm nicht zur Last gelegt werden. Bei der Feier zu

Kolléville habe keiner der deutschen Beamten Ausschreitungen bemerkt! Allerdings nicht, aber die anderen. Auch den im Souvenir gehaltenen deutsch-elassischen Neben sah er eine harmlose Deutung zu geben, und harmlos war ja auch die Affäre des Kriegsministers Etienne an den Herrn Jean, Präsidenten des reichsländischen Souvenir und Mitler der Ehrenlegion.

Nicht bezeichnend war dagegen die Feststellung des Regierungsdirektors, wonach der genannte Rechtsanwalt sich in einem Briefe an den Souvenir alsacien als politischer und juristischer Ratgeber entpuppt, indem er ausführte: „Man müsse die Statuten des Souvenir alsacien lorrain unabhängig von den alten aufrufen und dem neuen Verein den Ansehen einer Konkurrenz gegenüber dem alten geben. Der neue Verein sollte, nach Dr. Delmers Rat, von sieben bis acht Personen gegründet werden, die vorher außerhalb der Bewegung des Souvenir alsacien gestanden hätten, und er solle gegründet werden, während der alte noch bestünde. Nach zwei bis drei Monate könnten die beiden Vereine dann verhandeln und der alte seine Auflösung beschließen.“ Die Wahl der Jeanne d'Arc als Schutzpatronin sei nur so nebenbei noch zu erwähnen geblieben.

Da es keinem Zweifel unterliegen kann, daß der mehrgenannte Souvenir oder Elsass-lothringische Gedächtnisverein neben dem vorgezeichneten Totenkult lediglich die Verleumdung des Revanchegedankens bezweckt, wird jeder Deutsche dessen Auflösung als Notwendigkeit empfinden.

Der Vorgang an sich liefert uns aber wieder den Beweis, wie die reichsländische Bevölkerung national-elassisch a la Weilerle „aufgefärbt“ wird. Hier sah der „Rechtsanwalt“, dessen Brief durch Zufall herauskam, auf dem Rechtsanwaltsdienst; in Zabern sind die Anwaltskassen noch nicht am Pranger. Da man in Altdeutschland sich gottlos jetzt anstellt, den reichsländischen Vorgängen näherzutreten, möchte ich nicht schweigen, ohne zur Erleichterung des Begriffs elass-lothringischer Auswüchse auf ein kürzlich erschienenen Buch (Verlag C. H. Schwesigke, Berlin S. 57, Preis 2 M.) zu verweisen: „Hierzulande Jahre Elsass-Lothringen“, von einem Verwaltungsbeamten, ebenso die Broschüre: „Gedanken zur Verfassung in Elsass-Lothringen“. 70 Pf.

Der neue Krupp-Prozeß.

Berlin, 20. Januar.

In der heutigen Sitzung des Lillan-Prozesses wurde auf die Vernehmung des Herrn v. Meier berichtet. Die Verhandlung erstreckt sich nochmals auf den Staatsanwalt des Kriegsministeriums, der v. a. auch der Firma Krupp ausgedrückt gewesen sein soll. Der Angeklagte Pfeiffer bearbeitete, so lagen im Verlauf der Verhandlung mehrere geheime Rechnungsbücher des Kriegsministeriums als Zeugen aus, einen Teil der Auszüge. Den Namen, die mit dem Kriegsministerium in Verbindung ständen, sei auf Anfrage über den Etat Auskunft erteilt worden. Major v. Weisershausen vom Kriegsministerium stellt die Berechnung hierzu laut Vorschrift fest.

Kurze politische Nachrichten.

1. Kommission für die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe werden von den Nationalliberalen die Abg. Ritt (Eisenweg), Marquardt und Schulenburg angehören. Damit des Großen Poindowos Erfahrung und Einsicht ihren Beratungen nicht fehlen, entsendet das Zentrum ihn, der sich bekanntlich als Dolmetscher bei der Reichspartei führen läßt, in die Kommission.

Schutz der Arbeitswilligen.

Die Konventionen haben zum Etat des Reichsamt des Innern eine Resolution eingebracht, die den Reichsanwalt ersucht, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsvereinsgesetzes dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechtes geschaffen, dem immer stärker ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitssuchenden Arbeitern entschieden entgegengetreten, insbesondere aber das Streikpostenverbot verboten wird. Der Ausbruch des Deutschen Arbeiterkongresses hat ebenfalls eine Resolution gefaßt. Es wird darin zunächst Kenntnis von der hierzu gemachten Erklärung des Reichsanwalters und des Staatssekretärs Dr. Delbrück genommen. Als unerlässlich wird die Feststellung in der beabsichtigten Denkschrift über Terrorismus auf Arbeiterverteilung erachtet, in welchem Umfang Auswüchse des Koalitionsrechtes (Koalitionsschwärze, Terrorismus usw.) von Unternehmern, Unternehmungsorganisationen und Syndikaten zum Schaden von Arbeitnehmern und andern Unternehmern hantieren haben. U. a. wurden hierbei als derartige Auswüchse aufgeführt: Ausschluß Angehöriger bestimmter Organisationen von der Arbeit, Zwang zum Eintritt in Berufsvereine, Führung von schwarzen Listen, Streikbrechervermittlungswesen.

Angeklagtenrecht.

Die Schaffung eines einheitlichen Angeklagtenrechtes wird seit längerer Zeit von den Organisationen der Privatbeamten und der kaufmännischen Angeklagten erregt. Es handelt sich hierbei darum, die im Bürgerlichen Gesetzbuch, im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung enthaltenen einschlägigen Bestimmungen zu einem eigenen Privatbeamtenrecht zusammenzufassen und zugleich im Wege der Gesetzgebung Festlegungen über die Arbeitszeit

und die Errichtung einer besonderen Landesvertretung zu treffen. Der gegenwärtige Reichstag unterstützt diese Forderungen. Bei der Reichsregierung schweben, wie unser Berliner Mitarbeiter uns mitteilt, gegenwärtig eingehende Erwägungen über eine Neuordnung der Verhältnisse der kaufmännischen und technischen Angehörigen. Bei der großen Bedeutung der Frage und der Wichtigkeit der Verhältnisse handelt es sich um sehr umfangreiche Vorarbeiten.

Die Altpensionäre.

Ueber den Weichenwurf zur Verrückung der Altpensionäre und Althinterbliebenen ist nunmehr lt. „Zf. Jg.“ zwischen den beteiligten Reichsressorts und preussischen Ressorts eine Verständigung erzielt. Die Vorlage wird jetzt dem preussischen Staatsministerium zur Beschlussfassung zugehen. Mit Beginn des Februar dürfte sie an den Bundesrat gelangen. Dann der Reichstag sich mit ihr beschäftigen wird, wird von dem Stand der Staatsarbeiten abhängen. Dem Vernehmen nach wird die Vorlage den Forderungen der Altpensionäre nach uneingeschränkter Gleichstellung ihrer Bezüge mit denen der Neupensionäre nicht Rechnung tragen. Es dürfte dem Standpunkt des Reichstages entsprechend eine Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen in Frage kommen. Die Mittel zur Durchführung der Erhöhung der Pensions- und Hinterbliebenenbezüge sollen aus der Novelle zum Totalisatorgesetz genommen werden.

Regierung und konservative Partei.

Die „Kreuzzeitung“ bringt über dieses Thema einen längeren Aufsatz, in dem es u. a. heißt:

„Sowohl der Herr Reichskanzler wie der Abg. v. Dendeband brachten aber des weiteren mit vollem Recht die Meinung zum Ausdruck, daß es nun auch an der Zeit sei, die Auseinandersetzung zu schließen. Auch wir haben keineswegs den Wunsch, einen rechtsabstehenden Streit mit der Regierung zu führen. Es bleiben ernsthafte Dinge zu tun, bei deren Erledigung unserer Auffassung nach der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen einerseits und die Konservativen andererseits geradezu aufeinander angewiesen sind. Die Mahnung des Herrn Reichskanzlers, um dieser ernsteren Aufgaben willen den „Zank“, wie er sich ausdrückt, ruhen zu lassen, fällt bei uns auf um so fruchtbarerem Boden, als sich der Abg. v. Dendeband bereits vorher am Schluss seiner Rede durchaus in dem gleichen Sinne ausgesprochen hatte.“

Soweit wir unterrichtet sind, so schreibt unser Berliner Mitarbeiter, kommt in dieser sachgemäßen Anschauung die Auffassung der geschlossenen konservativen Partei zum Ausdruck.

Landtagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

Abgeordnetenhaus.

h. Berlin, 20. Jan.

Am Ministertische: Freiherr von Schorlemer. Der Entwurf betr. die Erweiterung des Stadtfreies Danzig wird nach kurzer 1. Beratung an die verstärkte Gemeindefunktion überwiesen.

Der Entwurf betr. die Zuständigkeit der Gerichtsschreiber der Amtsgerichte für die öffentliche Beglaubigung einer Unterschrift wird in 2. Lesung angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der

2. Lesung des Etats. — 2. Tag. — Landwirtschaftsetat.

Abg. v. Morawski (Pol.): Rußland macht im Geheimen jetzt schon Schwierigkeiten in der Landarbeiterfrage. Bei der Maul- und Klauenseuche werden die Bestimmungen schärfend angewendet.

Abg. Doell (son.): Nur Argentinien, Nordamerika, Dänemark, Australien, Neuseeland können heute Vieh und Fleisch in großem Umfange exportieren. Die Ausfuhr dieser Länder wird zu 1/4 schon von England absorbiert. Wenn man Deutschland den nötigen Zoll- und Seuchenschutz gewährt, dann ist es im Stande, den heimischen Fleischkonsum selbst zu decken. Die Schweinefleischherzeugung kann in's Unbegrenzte gesteigert werden, wenn nur die Grundlage für einen einigermaßen geregelten Absatz der kleinen Landwirte geschaffen wird. Der Roggen ist die Frucht der Provinzen, deshalb halten wir die Einfuhrzölle fest. Wir haben den ersten Willen, hinsichtlich der Viehzucht da zu helfen, wo tatsächlich ein Mangel besteht.

Abg. Dr. Schifferer (son.): Die geistige Rede des 10. Abg. Braun scheint das Ergebnis aus den Beratungen der Kommission zu sein, die die Sozialdemokratie zum Studium der Agrarfrage eingeleitet hat. Der Großgrundbesitzer

wird zerlegt, die Besitzer werden enteignet, der Zoll wird beseitigt und alles weitere wird sich finden. So argumentierte gestern Herr Braun. Daß der Zollschutz bestehen bleiben muß, darüber sind sich die bürgerlichen Parteien wohl alle einig. Geiritten wird nur über Maß und Ausdehnung. Wir sind mit dem Fürsten Bismarck der Meinung, daß die Verabschiedung der Getreidezölle durch die Caprivischen Handelsverträge die deutsche Landwirtschaft schwer geschädigt hat. Erst durch die Bismarck'schen Handelsverträge sind die Viehzölle so heraufgesetzt, daß die kleinen und mittleren Bauern mit Erfolg Viehzucht treiben können. Die Viehzölle werden auch die Freiräumen nicht nötig halten. Eine großzügige innere Kolonisation ist das einzige Mittel, um den Fleischkonsum auf die Dauer decken zu können. Ohne Zoll- und Seuchenschutz ist aber auch eine innere Kolonisation unmöglich. Die meisten Futtermittel gehen jetzt zollfrei ein mit Ausnahme von Futtergerste und Mais. Die Einfuhr von Mais hat aber nicht die Bedeutung, die man ihr zumißt. Auch der deutsche Bauernstand ist für die Verabschiedung der Getreidezölle. Die Vorteile, die die Landwirtschaft durch die Wirtschaftspolitik als Produzent hat, überwiegt weit die Nachteile, die ihr als Konsument erwachsen. England mit seinem Freihandel ist vom Ausland völlig abhängig. Man hat dort sogar schon eine Pferdefur, die Enteignung des englischen Großgrundbesitzes ohne Entschädigung vorgeschlagen. Die Einfuhrzölle waren nötig, um anlässlich der russischen Handelsverträge der Landwirtschaft im Osten einen Ausgleich zu bieten. Unrichtig ist, daß sie die Reichskassen schädigen und den inneren Konsum verteuern. Kein Land der Welt ist von der Verteuerung der Lebensmittel verschont. Wenn das selbst auf das freihändlerische England zutrifft, so kann der Zoll die Ursache der Verteuerung unmöglich sein. Der Versuch, parteipolitische Geschäfte zu machen, darf unsere Wirtschaftspolitik nicht gefährden. Ich beziehe, daß er unsere Wirtschaftspolitik ändern will. Sie können den Reichstag nicht gegen den Landtag auspielen. Wenn wir auch in Einzelheiten abweichen, im Großen und Ganzen sind wir uns doch einig. Trotz unseres Bündnisses mit den Freiräumen identifizieren wir uns nicht mit ihnen. Die Konservativen haben sich auch mit dem Zentrum verbündet und teilen doch nicht die Anschauungen des Zentrums in allen Punkten, z. B. in der Wahlrechtsfrage oder bezüglich des Jesuitengesetzes. Wir treten für unsere Wirtschaftspolitik ein, weil wir sie für den ganzen Staat für nötig halten. (Beifall bei der Natl.)

Abg. Graf Moltke (Freikons.) tritt den Ausführungen des Abg. Hoff entgegen.

Abg. Dross (Jr.): Die Stellung meiner Partei zu den großen Wirtschaftfragen hat schon der Abg. Wallenborn dargelegt. Bei der Verpachtung von Jagden in meinem Wahlkreise im Rheinland wird nicht immer streng nach der Jagdordnung verfahren. Ich bitte den Minister um Abhilfe, namentlich bei der freihändigen Jagdverpachtung.

Abg. Dr. Paschke (Jr.): Der Abg. Doell glaubte gegen uns zu sprechen, sprach aber vielmehr für uns. Auch wir meinen, daß der innere Markt die Hauptfläche ist und daß man die Fleischproduktion nach Maßgabe steigern möchte.

nachte. Auch wir sind erfreut über das Anwachsen unseres Viehbestandes und die Zunahme des Fleischverbrauchs. Zeigt sich doch darin des Volkes Wohlstand. Auch die Einfuhr ist gewachsen. Millionen werden jährlich in Deutschland eingeführt. Mit seinen Ausführungen über die Caprivischen Verträge wollte der Abg. Hoff nur den Angriffen auf jene Zeit entgegenreten, wo die Getreidezölle ermäßigt wurden. Die Nationalliberalen haben ja seinerzeit selbst für die Caprivischen Handelsverträge gestimmt. Darin hat auch Herr Schifferer recht, wenn er sagt, auf das Maß des Schutzzölle läßt es an. Das ist auch unsere Ansicht. In England trägt an dem Niedergang der Landwirtschaft nicht der Freihandel, sondern die Entwicklung der Grundbesitzverteilung die Schuld. Die Fähigkeit, gegen den Grundbesitz vorzugehen, wünsche ich unseren Staatsmännern. Wir verlangen eine Revision des Zolltarifes mit Ermäßigung der Futtermittelzölle. Die Ermäßigung der mittleren und kleineren Befestigungen ist erfreulich. Wir werden diese Entwicklung in jeder Weise fördern.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Der Gehalt des Ministers wird bewilligt. Ebenso eine Anzahl weiterer Titel.

Weiterberatung: Mittwoch 11 Uhr. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Reichstagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

h. Berlin, 20. Jan.

Präsident Reemtsma eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Er erbittet und erhält die Erlaubnis, dem Kaiser zu seinem Geburtstag die Glückwünsche des Hauses zu überbringen.

Abg. Erberger (Jr.) weist in einer kurzen Anfrage darauf hin, daß der Berliner Polizeipräsident von Jagow die Vereinigung Berliner Schutz-

leute, die zur Pflege königstreuer Gesinnung, Kameradschaft und Gefelligkeit gegründet worden war, verboten hat, obwohl die Behandlung politischer und dienstlicher Angelegenheiten sachgemäß grundsätzlich ausgeschlossen war. Der Vorsitzende wurde unter schwerer Schädigung seiner persönlichen Interessen gegen seinen Wunsch nach Abgabe verurteilt. Was bedeutet der Reichskanzler zu tun, um der im Reichsvereinsgesetz auch den Berliner Schutzleuten garantierte Vereinsfreiheit gegenüber dieser Maßnahme einer preussischen Behörde Geltung zu verschaffen?

Geheimrat Lewald: Die Angelegenheit gehört ihrer Natur nach nicht dem Vereins-, sondern dem Beamtenrecht an. Ich verweise auf die Ausführungen des damaligen Staatssekretärs des Innern, dem sich auch die Reichskommision angeschlossen hat. Unter diesen Umständen liegt nur dem Reichskanzler kein Anlaß zum Einschreiten vor.

Abg. Erberger (Jr.) — zur Ergänzung —: Es ist ausdrücklich erklärt worden, daß auch die Beamten die Vereinsfreiheit genießen sollen und daß Vereine, deren Zweck dem Befehl des Beamtenrechts entspricht, nicht verboten werden sollen. Ist der Reichskanzler gewillt, diesem Grundsatze Geltung zu verschaffen?

Geheimrat Lewald empfiehlt, diese Frage im Reichstag bei der Etatsdebatte zur Sprache zu bringen.

Es folgt die Weiterberatung des

Etat des Reichsamts des Innern.

Abg. Arochig (Soz.): An dem Elend auf dem Lande sind die Junker Schuld. Von sozialpolitischen Gefühlen findet man in den Unternehmungen nicht viel Spuren. Sie denken da wie der Oberst Reuter in Zabern, der Schlimmes verhüten wollte und deshalb Gewalt anwandte. Die Revolution wird kommen; allerdings nicht die der rohen Gewalt, die die Massen vor die Maschinenwägen führen würde. Der Terrorismus der Schanzkämpfer übersteigt alle Grenzen. Der Arbeiter ist machtlos! Wegen dieser Gefühlslosigkeit muß der Reichstag vorgehen. Die Junker sind ein freies Kapital unserer Volkswirtschaft. (Zusatz.) Die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter müssen geregelt werden; jetzt ist ihr Recht begründet in 44 Gesetzsammlungen, von denen einzelne schon 200 Jahre alt sind. Die Gerechtigkeit auf dem Lande läßt allgemein zu wünschen übrig. Die Arbeiter sind widerstandslos der Ausbeute durch die Grundbesitzer ausgeliefert.

Staatssekretär Delbrück:

Als ich mich auf meinen Etat vorbereitete, habe ich 197 Einzelfragen behandelt. Der Vorwurf, als ob wir uns um die Wünsche des Reichstages nicht kümmern, ist also ungerichtet. Die Mittelschichtspolitik werde ich in einer besonderen Rede behandeln. Jetzt stehen zwei Fragen in dem Vordergrund: nämlich: was wird mit unserer Sozialpolitik, und was wird mit unserer Wirtschaftspolitik? Mit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung sind wir in unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß gelangt. (Unruhe bei d. Sozialdemokr.) Wir haben in der Ausdehnung der Krankenversicherungs-Verhältnisse annähernd die Grenze des Möglichen erreicht. Es ist unrichtig, daß dieses Gesetz leichtfertig verabschiedet worden sei; es ist vielleicht noch nie ein Gesetz so sorgsam vorbereitet worden. Wir haben Kommissare in alle Gegenden geschickt, und der frühere Staatssekretär des Innern, der jetzt Reichskanzler, und ich haben selbst die preussischen Provinzen bereist und die einschlägigen Verhältnisse studiert und mit Sachverständigen besprochen. Daraus hat sich ergeben, die Krankenversicherung auch auf dem flachen Lande einzuführen. Wir haben die großen Schwierigkeiten vorausgesehen, sind aber überzeugt, daß wir bei gutem Willen ihrer Herr werden können. Tatsächlich ist die Frage der sozialpolitischen Versicherung zu einem gewissen Abschluß gelangt. (Zusatz bei den Sozialdemokraten: „Arbeitslosenversicherung!“) Der Arbeitslosenversicherung stehen außerordentliche Schwierigkeiten entgegen. Im Reichsamt des Innern und bei den Landesbehörden ist mit fieberhafter Hast gearbeitet worden, um alle Weise zu dem Zeitpunkt durchzuführen, den der Reichstag gewünscht hat. Mit der Einführung der Versicherungsämter hat die Selbstverwaltung unserer Verwaltungsorganisation Bürgerrecht gewonnen.

Die zweite Beschwerde richtet sich darauf, daß nicht genug zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter getan werde. Jetzt sind aber die Landeszentralbehörden in der Lage, einzugreifen, wenn es der Bundesrat nicht tut, und jetzt können auch die Ortspolizeibehörden eingreifen, wenn wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse die Landeszentralbehörden Verordnungen nicht erlassen können. In Preußen sind nun neuerdings die Gewerbeaufsichtsbeamten zu einem unmittelbaren polizeilichen Eingreifen befugt. Es ist also für Leben und Schutz der Arbeiter schon unendlich viel getan. Was uns zu tun übrig bleibt, ist die Detailarbeit des einzelnen Beamten und der Behörden. Auch in dieser Beziehung haben wir Fortschritte gemacht.

Die Herrin von Perikori.

Original-Roman von Hans Vetter, Wiesbaden.

(4. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die Beilegung war vorüber.

Von der Abreise hatte Hanna noch kein Wort gesagt. Paul wurde es bange, wenn er denken sollte, daß das nicht so schnell gehen, er hier noch lange hängen müßte.

Ganz unfassbar erschien es ihm, daß Menschen zu einem Leben könnten.

Auch bei Tisch erwähnte Hanna nichts von einer baldigen Reise. Nur der Pfarrer fragte:

„Sie verlassen uns also, Hanna, werden Sie sich auch in dem fremden Lande zurechtfinden?“

Sie hatte darauf, wie es Paul schien, nicht gleich eine Antwort, vielleicht aus Rücksicht auf ihn, da sie doch in seine Familie kam, und sagte nur einige Worte, die wenig bedeuteten: daß sie ja zu ihren Verwandten gehe.

Als der Pfarrer später aufbrach, hörte Paul zu seinem Schrecken, wie Hanna auf seine Frage, ob sie gleich hier von ihm Abschied nehmen wolle, antwortete:

„So schnell komme ich wohl nicht fort, ich muß hier erst alles und alle verlassen. Ich komme noch Adieu sagen.“

Also auf eine Woche oder so konnte Paul sich gefast machen, er schloß entsetzliches Mißverständnis mit sich.

Gleich am anderen Morgen sprach Hanna nun doch darüber:

„Ein wenig mußt du dich hier noch gedulden, ich muß das Gut übergeben. Der Verwalter, der es übernimmt, kommt in einigen Tagen. Auch sonstige Formalitäten sind noch zu erledigen. Aber das ist nichts Besonderes. Ein Testament hat Papa nicht gemacht, das war nicht nötig. Alles war schon zu Mamas Lebzeiten geordnet und auf mich übertragen. Unser Notar in Bellingfors hat das in Händen.“

Ganz plötzlich fügte sie noch hinzu:

„Ich habe gestern gar nicht daran gedacht, dich zu fragen, ob du in der Nacht geschlafen hast. Unser alter Diener redet sich ein, daß ein Dieb im Hause gewesen. Er ist wohl nur auf diesen Gedanken gekommen, weil ich die Tür des Geldschrankes offen gelassen habe, und vor dem Schrank ein paar Geldscheine lagen.“

Paul war erkannt: — Wie gleichgültig sie eine solche Sache auffaßte. — Er begriff das nicht, sie mußte doch wissen, ob etwas gestohlen war.

Gegen seinen Willen sagte er das:

„Aber du mußt doch wissen, ob Geld fehlt?“

Sie schüttelte den Kopf:

„Ich weiß es wirklich nicht. Ich habe nicht nachgezählt, wie viel in dem Schrank lag. Während Pappas Krankheit, auch später habe ich an so was gar nicht gedacht.“

Sie sprach dann gleich von etwas anderem:

„Wenn du dich langweilst, in der Bibliothek findest du Bücher. Vielleicht willst du dir auch die Gegend ansehen, zu Bogen oder zu Pferde. Ein Reitknecht kann dich begleiten, wenn ich frei bin, kann auch ich.“

Sie wurde abgerufen. Der Diener meldete, daß der Verwalter angekommen sei. Auch vom Notar in Bellingfors wäre ein Herr eingetroffen.

Hanna erhob sich:

„Verzeiß“, daß ich dich allein lassen muß.“

Mit einem kleinen Nicken fügte sie hinzu:

„Es scheint ja alles schneller zu gehen, als ich gedacht — wir kommen wohl früher fort.“

Sie nickte ihm zu und ging aus dem Zimmer. Paul hatte ihr nachgesehen, absichtslos, ohne etwas zu denken.

Als er jedoch allein war, übte er von neuem ein bißchen Kritik an ihrem Aussehen. Wie am ersten Tage, als er das Haus betreten, als er Hanna zum ersten Mal gesehen, nur daß sein Urteil jetzt anders ausfiel:

Das helle Haar, das beim ersten Sehen seinen Beifall nicht gefunden, erschien ihm heute wie ein besonderer Vorzug, den sie vor anderen Frauen hatte, wie etwas ganz eigenartig schönes.

Während sie die wenigen Schritte durch das Zimmer bis zur Tür gegangen, ward ihr Haar von einem Sonnenstrahl getroffen, es hatte nicht mehr wie Wolke ausgesehen — sein früherer Vergleich — wie helles Gold hatte es geschimmert, daß er ganz betroffen davon war. — Betroffen über die Farbe und den Reichtum dieses Haars. Wie es sich um ihren Kopf schmiegte — trotz seiner Fülle veranlaßend, welche edle Form dieser Kopf hatte.

Ein zierlicher Kopf, so ganz zugehörig zu den schmalen Schultern, zu der schmalen Figur, zu ihrer graziosen Haltung, ihrem Gange.

Wo hatte er seine Augen gehabt, daß er das alles jetzt erst bemerkte.

Plötzlich fiel ihm ein, daß sie kurz vorher davon gesprochen, ihn zu Pferde begleiten zu wollen.

Donnerwetter — mußte sie eine Figur zu Pferde machen. Dieser Gedanke wurde gleich hinterher durch einen anderen ersetzt, über den er lachen mußte: Er erinnerte sich der kleinen Pferdchen, die ihn am Bahnhof erwarteten, die vor den Wagen gespannt waren, der ihn hierhergeführt — eine Unmöglichkeit, daß sie sich auf solch einem Miniatürkutschchen präsentieren wollte.

Dann wäre es vorbei mit aller Schönheit, sie würde lächerlich aussehen.

Aber das sah ihr nicht ähnlich, er glaubte sie seit den zwei Tagen, die er hier weilte, nun doch schon so weit zu kennen, daß er ihr eine solche Geschwätzigkeit nicht zu trauen dürfte. Es gab also wohl in den Stallungen auch Reitpferde, gut gewachsene Tiere — die kleinen Dinger fanden nur für die Wagen auf den Landwegen Verwendung.

Von diesen Betrachtungen kam er wieder zu der Diebstahlsgeheimnis: Wie kaltblütig und gleichgültig sie sich gezeigt, als ob darüber nicht viel Worte zu machen seien.

Das war ihm vorher wie eine besondere Vornehmheit an ihr erschienen, wie etwas, das er jetzt nachträglich von neuem bewundern mußte. So hübsch fand er es, daß sie über etwas verlorenes Geld keine großen Worte machte, bis er in seinem Grabein zu etwas anderem kam: zu der Nacht, in der der Diebstahl geschehen sein sollte, und was in dieser Nacht noch sonst passiert war.

(Fortsetzung folgt.)

Fenileton.

Theater.

— Mainzer Stadttheater. Aus Mainz, 19. Jan., wird uns geschrieben: Schon seit einer Reihe von Jahren ist die große Operette „Die Geisha“ von Edwin Jones hier nicht mehr gegeben worden; die heutige Aufführung bewies, daß das heitere Musikstück noch nichts von seinem Reiz eingebüßt hat. Die prächtigen, einnehmenden Melodien, der wohlthuende Humor und nicht zuletzt die exotische Farbenpracht, die in Kostümen und naturgetreuer

Nun ist aber die Bedeutung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung in der letzten Zeit abfällig gerichtet worden, und zwar ganz zu Unrecht! Eine Denkschrift über die Wirkungen der Sozialpolitik wird in einiger Zeit erscheinen. Wenn wir augenblicklich in der Sozialpolitik nicht vorwärts drängen, so liegt das daran, daß sozialpolitische Probleme nicht vorliegen. Allerdings kann das Koalitionsrecht weiter ausgebaut werden. Die Organisation beherrscht unser ganzes öffentliches Leben. Sie hat tatsächlich die wirtschaftlichen Grundlagen verschoben. An die Stelle der freien Konkurrenz ist der Kampf einiger weniger großer Organisationen getreten. Ich habe mich über das Koalitionsrecht der Arbeiter vor einem Jahr geäußert. Mein damaliger Standpunkt ist im großen und ganzen nicht widerlegt worden. Dasselbe gilt von der Frage des Arbeitsrechts. Es wurde gefragt, wie weit wir mit der gesetzlichen Regelung des Rechts der Tarifverträge seien. Hierfür haben wir noch keine festen Grundlagen, da die Berufsvereine eine eigentliche Rechtsfähigkeit nicht haben und nicht auf die Erfüllung der Verträge verklagt und haftbar gemacht werden können. Wir müssen eine Rechtsfähigkeit der Berufsvereine schaffen. Es erscheint zweifelhaft, ob dieses Ziel in absehbarer Zeit erreicht werden kann. Wir müssen aber versuchen, das Problem zu lösen, aber der Staat müßte die Möglichkeit haben, einen Mißbrauch ihrer wirtschaftlichen und moralischen Kräfte zum Schaden der Gesamtheit und des Einzelnen zu verhindern. Es scheint gelungen, im Wege der Verträge von Organisation zu Organisation eine Aufgabe zu lösen, bei der die Gesetzgebung bisher verlagert hat. Das hat sich bei der Beilegung des Streites zwischen den Ärzten und den Krankenkassen gezeigt. (Weißall.)

Die neuen Aufgaben, die auf sozialpolitischem Gebiete emporkommen, müssen wir selbstverständlich zu lösen versuchen, aber wir dürfen uns auch nicht zu weit treiben lassen! Ich bin mit dem ganzen Reichstag darin einig, daß eine gebildete, gesellschaftlich und wirtschaftlich gut gestellte Arbeiterklasse eine der Säulen ist, auf der unsere Industrie und unter nationaler Wohlstand ruht. (Weißall.) Eine verständige Sozialpolitik ist eine der Kräftequellen für das Deutsche Reich. (Weißall.) Sie muß dem Arbeiter, aber auch dem Arbeitgeber das nötige Maß wirtschaftlicher und moralischer Ellenbogenfreiheit geben. Sie muß in den Grenzen der wirtschaftlichen Möglichkeit bleiben! (Weißall.) Der Umfang der Sozialpolitik muß im Einklang stehen mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik! (Weißall.) Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Brafel!“ Es kann doch jemand auch anderer Meinung sein, als Ziel! (Zu den Sozialdemokraten gewandt): Es ist die Pflicht der Regierung, die Dinge anders zu beurteilen, als Sie, da die Regierung nicht die Interessen einer einzelnen Partei, sondern die der Gesamtheit wahrnimmt! (Weißall.) Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Anschüt der Unternehmer!“ Ihr Zuruf ist mir ganz gleichgültig, er wird mich nicht hindern, das zu tun, was ich für richtig halte! (Lebhafter Beifall.) Unsere Sozialpolitik hat den Arbeitern große wirtschaftliche Vorteile gebracht. Der Staatssekretär weiß dann zahllos nach, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich außerordentlich günstig entwickelt haben. Auch die Arbeiter haben ihre Vorteile davon. Das Einkommen ist in 20 Jahren um 167 Prozent gewachsen, die Bevölkerung nur um 34 Prozent. An dieser Einkommenvermehrung ist auch die Arbeiterklasse beteiligt. Unsere finanzielle Verhältnisse sind jetzt am Schlusse von zweieinhalbjährigen, schweren Krisen stärker, als sie zu Anfang war. (Lebhafter Beifall.) Das ist ein schlagender Beweis für die gute Situation unserer gesamten Volkswirtschaft. Dafür müssen aber auch unerfreuliche Nebenerscheinungen mit in den Kauf genommen werden, auch die, daß manche Kapitalisten ihr Geld in das Ausland geschafft haben und es nicht mehr zurückholen werden. Dennoch werden wir mit einer wirtschaftlichen Erleichterung des Geldmarktes rechnen können. Trotz aller Erschwernisse ist auch der kleine Mann in Deutschland in der Lage, sein Vermögen zu vermehren.

Unsere Wirtschaftspolitik hat sich durchaus bewährt

und ermöglicht uns die Durchführung der Sozialpolitik. Wir haben keinen Anlaß, an ihr zu rütteln. Wir werden sie bei den neuen Verträgen aufrechterhalten, namentlich den Schutz der für die Landwirtschaft! (Lebhafter Beifall.) Unbedenklich werden selbstverständlich befestigt werden. Auch die Entwicklung der Technik kann Ergänzungen im Zolltariff notwendig machen, aber im Ganzen entspricht der Zolltariff den Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft!

Wir werden daher keine Novelle zum Zolltariff vorlegen.

Wenn er uns gekündigt werden sollte, werden wir die Interessen Deutschlands nachdrücklich verteidigen und Angriffe auf unser handelspolitischen Bestehen abwehren. Das Material wird vorbereitet und andauernd ergänzt, so daß wir rechtzeitig auf dem Platz erscheinen können. (Lebhafter Beifall.)

Staffage entfaltete werden kann, bieten dem Ohr und Auge stets neuen Reiz, jedoch die Operette, besonders wenn, wie dies heute der Fall war, die Besetzung eine geeignete ist, immer bei einem dankbaren Publikum beifallsfreudige Aufnahme finden wird. Mit entzückender Grazie in Erscheinung und Bewegung sowie von bezauberndem Schmuck in der Stimme gab Fräulein Alina die Alina. Ein ebensolcher Partner war Herr Gottfried als Leutnant Reginald, schneidig im Auftreten und von wohlklingendem Organ. Die Komik vertraten die Herren Stadel und H. Schlotthauer, ersterer nicht nur als ein Tänzer von quersilberner Beweglichkeit und urkomischer Completfänger, sondern auch als devoter Teekammbesitzer, der namentlich durch seine eingezeichneten Affenfiguren auf politischem, kommunalem und lokalem Gebiete, wobei auch das Wiesbadener Projekt der Müllabfuhr im Heidesheimer Wald glorierte, großen Lacherfolg hatte. Nicht minder Herr Schlotthauer, der den Volkstheatern mit köstlicher Grandezza spielte und seine Soliste mit dankbaren Wogen würzte. Auch unsere komische Alte, Rosel von Born, trug als Globetrotterin viel zum Heiterkeitsserfolg bei; doch die Palme der Drolerie gebührt der portrefflichen Soubrette Johanna Weisler, die mit unverwundlicher Laune ihre Rollen spielte und namentlich das Pied vom misgünstigen Papagei köstlich vortrug. Schließlich wollen wir auch nicht die mütterliche Aulette vergessen, die Elise Baier mit drastischer Koketterie agierte. Mit der etwas undankbaren Rolle des japanischen Leutnants fand Herr Gombert angemessen ab, und auch die Ehre bildeten gefaschelt und in malerischer Gruppierung einen passenden Rahmen. Dr. A.

Ein Rheinbundesspiel. Aus Gießen wird uns geschrieben: Die großen Jubelfeste des vergangenen Jahres haben im ganzen Deutschen Reich das gleiche Echo geweckt. Da war nichts mehr zu hören von den inneren Parteikämpfen, die damals noch die Frage eines einigen Deutschlands überall ausfüllte. So sehr ist und heute der deutsche Gedanke zur Selbstverständlichkeit geworden. Im letzten Vierteljahr von 1813 ist aber dieser Gedanke erst durchgebrochen. Denn erst in jenen Monaten fanden auch die früheren Rheinbundstaaten den inneren Anschluß an die Sache der Allierten. So haben diese Gebiete ihre eigenen Erinnerungen an die große Zeit. Sie haben ihre eigene noch nicht mitterlebt. Sie erfuhren erst wochenlang später

Abg. Chrysant (Str.) fordert mehr Rücksichtnahme auf die Interessen des Mittelstands. Notwendig sei die Regelung des Submissionswesens; das Prinzip des „angemessenen Preises“ müsse mehr zur Geltung kommen. Eine Unterstützung des gewerblichen Genossenschaftswesens ist notwendig, ebenso ein Verbot des heimlichen Warenhandels der Beamtenvereine. Die Frage des Baumeister-Zittels muß endlich geregelt werden.

Ministerialdirektor Caspar teilt mit, daß auch von der Reichsregierung aus eine Verordnung gegen den heimlichen Warenhandel der Beamten ergangen ist.

Abg. Böhme (Bdd.): Die erfreuliche Entwicklung der deutschen Viehzucht erfüllt uns mit Genugtuung; die Futtermittelpreise haben ihre Entwicklung nicht gehemmt. Auch an eine Aufhebung der Haderzölle können wir nicht denken. Die Grenzen gegen Rußland dürfen nicht geöffnet werden. Die Abschaffung der Einfuhrzölle würde die Landwirtschaft schwer schädigen. Notwendig ist eine kraftvolle innere Kolonisation. Leider arbeiten aber die Konservativen dagegen; sie machen alle Maßnahmen der Verwaltung zu nichts, und in ihren Reihen dulden sie die schärfsten Gegner der inneren Kolonisation, wie Herrn v. Didenburg-Januschan.

Um 6½ Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 21. Januar.

Zum Mordmord in der Jahnstraße.

Im Verlaufe des gestrigen Nachmittags fand in der Leichenhalle des Südfriedhofs die gerichtsarztliche Sektion der Leiche der ermordeten Frau Schmelzer statt. Es konnte jetzt mit Bestimmtheit festgestellt werden, daß die Frau gewaltsam ums Leben gebracht worden ist. Dies ließ sich aus Spuren am Hals, aus Brüchen von Knochen im Hals und aus den Verletzungen am Jungschenbein deutlich erkennen. Alle diese erwähnten Merkmale wären bei einem Selbstmord nicht in Erscheinung getreten und rühren, wie ärztlich festgestellt wurde, von gewaltsamem Drücken mit fester Hand her. — Nach der Sektion wurde die Leiche zur Beerdigung freigegeben.

Ueber die Persönlichkeit des Täters erfahren wir noch folgende Einzelheiten: In dem Wirtshaus auf dem Maurtinsplatz, in welchem er mit seiner Begeleiterin die Nacht vom 13. zum 14. d. M. zubrachte, hat er sich als „Paul Müller, Schreiner aus Gießen“ in Fremdenbuch eingeschrieben. Als bemerkenswert ist noch zu erwähnen, daß er am Tage nach seiner Ankunft in dem Quartier bei der Familie Schmelzer von einem Dienstmann einen Koffer und einen Blumenstrauß angeliefert bekam.

Der in Worms als der mutmaßliche Täter verhaftete Mann wurde im Laufe des gestrigen Nachmittags unter harter Bedeckung nach Wiesbaden gebracht und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Durch Gegenüberstellung von Zeugen, die den Mieter der Familie Schmelzer von Angesicht kannten, wurde festgestellt, daß es sich nicht um den flüchtigen Sozialist handelt, daß der in Worms festgenommene als Täter also nicht in Frage kommt. Doch scheint es, als ob die Polizei mit der Festnahme des vermeintlichen Mörders einen guten Gang getan hat. Alle Angaben, die der Betreffende über seine Persönlichkeit machte, haben sich als vollständig unrichtig ergeben. Nach seiner Vernehmung wurde der Pseudomörder samt seinem ganzen Gepäck, bestehend aus einem kleinen Pappkarton, dessen Inhalt aus einem Strohhalm und einem schmutzigen Kragen bestand, nach Worms zurücktransportiert. Weitere Verhaftungen wurden bis jetzt unseres Wissens noch nicht vorgenommen.

Eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung findet am kommenden Freitag mit folgender Tagesordnung statt: 1. Projekt für die Umgestaltung des Kochbrunneneingangs am Kranzplatz. 2. Abkommen mit dem Rentner Karl Peters über die Regelung der Beitragsleistung zu den Kosten der Freilegung und des Aus-

baues der Straße am Paulinenschloßchen. 3. Schlußabrechnung für den Kurhausneubau. 4. Austausch von Gelände an der Friedrich-Otto-Straße und am Dammbühl. 5. Abänderung des Ortsstatuts betreffend die gewerbliche Fortbildungsschule in Wiesbaden. 6. Bestimmung einer Anzahl nichtangelegter Techniker und Bureauhilfsarbeiter von der Angelegenheitsversicherung. 7. Renovation von zwei Mitgliedern des Vorstandes der kaufmännischen Fortbildungsschule. 8. Desgleichen von zwei Mitgliedern des Grundbesitzersausschusses. 9. Vorschläge für die Wahl der Mitglieder der ständigen Ausschüsse, Deputationen usw. für das Jahr 1914. 10. Festsetzung des Gehalts für den in der vorigen Sitzung gewählten Beigeordneten. 11. Bewilligung von 3900 M. für Erneuerung der Treppeln im unteren Aufstiege der Schlachthofanlagen. 12. Umlegung von Baugebiete weßlich der Volkshausanlagen. 13. Bewilligung von 4270 M. für die Errichtung von zwei transporthablen Sprengwagenbaracken für das städtische Straßenbauamt. 14. Vorlage betreffend die Organisation der Abteilung für Gebäudeunterhaltung und Gewährung einer nicht pensionfähigen Zulage von 300 M. an einen städtischen Beamten. 15. Vorlage über Personalveränderungen bei der Haupt- und den Zweigverwaltungen in 1914. 16. Personalveränderungen bei den Wasser- und Lichtwerken infolge der Wahl des Oberingenieurs Schulte zum Stadtrat.

Stadtschau. In einer am Dienstag abgehaltenen Sitzung wurde verhandelt zunächst auf eine Klage des Restaurateurs Heinrich Neumeier wegen Erlaubnis zum unbeschränkten Schankwirtschaftsbetrieb in einem Hause an der Wörthstraße. Der Geschworene war zuletzt Inhaber der Wirtschaft „Zur Stadt Viehrid“ an der Albrechtstraße. Die Polizei hat unter Verneinung der Bedürfnisfrage sein einschlägiges Verbot auf Ablehnung begutachtet, während die Gemeindebehörde unter Verneinung der Bedürfnisfrage sich für die Erteilung der vollen Konzession aussprach. Der Stadtschau stellte sich auf den letzteren Standpunkt und erteilte die Konzession. — Bei der zweiten verhandelten Verwaltungssache handelt es sich um eine Klage der Restaurateurs Franz Lederbogen und Arth Schillein wegen Erlaubnis zur Veranstaltung von Singspielen im Theaterlokal der Volkshaus. Die Geschworenen haben die Konzession zum Volkstheater vom Bezirksausschuß unbehandelt erhalten. Weil aber der Betrieb eines Theaters in der Zeit, in der wenig Fremde am Platze weilen, wenig rentabel ist, planen sie, dann Singspiele zu veranstalten. Die Polizeibehörde verneint die Bedürfnisfrage unter Hinweis auf die Tatsache, daß ein Lokal, in welchem Singspiele veranstaltet werden, wenig rentiere und daß für ein zweites derartiges Lokal die Konzession neu erteilt werden sei. Im weiteren wird die Beschaffenheit der Lokalitäten beanstandet. Von Seiten der Geschworenen wird demgegenüber hervorgehoben, daß die Konzession zum Variétébetrieb vor wenigen Jahren erteilt worden sei, als zwei Konkurrenzunternehmen am Platze bestanden hätten und daß sich seitdem die Einwohnerzahl um 80 000 vermehrt habe. Der Stadtschau beschloß, die Polizei um die Mittelung derjenigen Beanstandungen zu ersuchen, die sie gegen die Lokalitäten habe, um nach dem Eingange dieser Informationen einen Entschluß zu fällen.

Ausstellung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Ausstellungseröffnung ist in der glücklichen Lage, auch über die zweite Woche günstig berichten zu können. Außer weiteren Truppenteilen haben auch einige kaufmännische Vereine die Ausstellung geschlossen besucht. Einer besonders hohen Besucherzahl erfreute sich wieder der Donnerstagnachmittag als Brauttag; fast 1200 Besucher wurden an diesem Tage gezählt, die zum größten Teil dem weiblichen Geschlecht angehörten. Die Besucherzahl am vergangenen Sonntag betrug über tausend. Bezüglich des Besuchs durch Frauen besteht immer noch vielfach ein Mißverständnis, sobald hier nochmals darauf hingewiesen werden mag, daß Frauen die Ausstellung zu jeder Zeit besuchen können, nicht nur an Donnerstagnachmittagen. Bis jetzt wurde die Ausstellung von mehr als 9000 Personen besucht, eine für etwas mehr als vierzehn Tage über Erwarten große Zahl. Die täglich drei- bis viermal stattfindenden ärztlichen Vorträge — über eine immer größer werdende Anziehungskraft aus; auch die zur Verfügung der Besucher stehenden Merkblätter — für Männer, für Frauen und Mädchen, sowie für Eltern — finden allgemeine Beachtung; ebenso die nach den verschiedenen Richtungen ausstrahlenden wirkenden Flugblätter. Da erfahrungsgemäß gegen Schluß der Ausstellung der Andrang der Säumnigen immer recht groß wird, so seien jetzt schon alle Besuchslustigen und besonders die Vereine, die sich für die Ausstellung interessieren, darauf hingewiesen, ihre Abreise möglichst bald in die Tat umzusetzen, denn je länger sich jemand der Ausstellung in Ruhe widmen kann, desto größeren Nutzen wird er davon haben.

Musik.

Das Mozartkonzert. Aus Berlin schreibt uns unser Musikreferent: Unter dem Protektorat des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen findet in Berlin ein zwei Konzerte umfassendes Mozartfest statt zum Gedenken einer Stiftung der Berliner Mozartfreunde und -verehrer für das neue Mozarteum in Salzburg. Am ersten Tag, einer Matinee in der Philharmonie, wurde weltliche Musik exekutiert, während am zweiten der geistliche Mozart mit der großen Messe in C-Moll und ergreifen soll. Ein großes Personal ist aufgeboten. Als Regisseur, die nie fehlt, wenn Mozarts Gedächtnis gefeiert werden soll, Arthur Schnabel und Max Fiedler, als Dirigent, laden sich zusammen. Die Zuhörerfülle überflutete brauste vorüber, dann singt die Lehmann mit herrlich großer Stimme eine Arie „Vella mia fiamma“, die lieblich-tragische Symphonie A-Moll erklingt, das Klavierkonzert D-Moll hebt an, ein herrlich reifes Werk voll konträrer Effekte, die noch heute technisch bewundernswert finden. Die Ruppert-Symphonie beschloß den ersten Tag. Der Saal war nicht überfüllt, und es zeigte sich wieder, daß das Interesse an Mozart beim großen Publikum nachzulassen beginnt. Beethoven, Wagner, Schubert, ja Schumann, Brahms und Liszt fällen die Säle, aber diese große, schöne Kunst scheint außer in ihren Hauptwerken an Banalität einzubüßen. So können sich die Anwesenden freuen, daß sie wenigstens nicht den Genuß so guter Wiedergaben vermissen haben. F. S.

Kleine Mitteilungen.

Der Kaiser, der am Sonntag der Aufführung des „Parsifal“ im Berliner königlichen Opernhaus wiederum beizuwohnte, empfing während der Vorstellung die Vertreter der Hauptpartien, Frau Asger-Waag und die Herren Berger, Knäuper und Bronsgeest sowie den Regisseur Bachmann. Der Monarch sprach den Künstlern seine Anerkennung für ihre unübertrefflichen Leistungen aus und äußerte sich in warmen Worten über die hohe Bedeutung des Werkes und seine vollendete Wiedergabe. Professor Rudolf Genée, der bekannte Shakespeare-Vorleser und Schriftsteller, ist in Berlin im Alter von 80 Jahren gestorben. Er hat zahlreiche literarisch-historische Arbeiten über Shakespeare veröffentlicht und war auch Herausgeber der „Mitteilungen für die Mozartgemeinde in Berlin“ und seit zwei Jahrzehnten Leiter dieser Mozartgemeinde.

Deutscher Kellnerbund. Am 6. Januar beging der hiesige Bezirksverein des Deutschen Kellnerbundes das Fest seines dreißigjährigen Bestehens, das dem Namen der Zeit angepasst, in einer schönen Weihnachtsfeier ausfiel. Der konzertartige Teil des Programms wurde durch beifällig aufgenommene Konzertsätze der Kapelle der Unteroffizierschule lebhaft ausgefüllt, während Herr Dahn (Mitglied des Kurorchesters) durch einige anspitzende Satireen die Zuhörer im Banne hielt. Die Enthüllung des Banners unter Fanfarenläuten, die Dekoration für zehnjährige Mitgliedschaft sowie die Rede des 1. Vorsitzenden, Herrn Treff, trugen weitere feierliche Momente unter die Gäste. Besonders sei erwähnt der von Elsa Klein sinnig gesprochene Weihnachtsprolog, von Herrn Jacob am Klavier begleitet, sowie ein lebendes Bild, „Sannmed“, dargestellt vom Mitglied Sieglund und jungen Damen des Vereins. Der darauffolgende Ball hielt alle Teilnehmer bis zur späten Morgenstunde beisammen. — Bei dieser Gelegenheit sei nochmals auf die seit dem 1. Okt. v. J. eingeführte Arbeitslosenunterstützung des Deutschen Kellnerbundes hingewiesen.

Gerichtliche Immobilienversteigerungen. Vor dem hiesigen Amtsgericht wurde am Montag das Wohnhaus Bülowstraße 15 versteigert. Das Höchstgebot mit 94 250 M. bat, unter Abkündigung sämtlicher Hypotheken, gab die Frau des Kaufmanns Gustafberger, Rosa, geborene Lufas, ab, für die eine Hypothek von 20 000 M. eingetragen war. Der Zuschlag wurde erteilt. — Im weiteren wurde der Zuschlag gegeben für das Anwesen Rheinstraße 62 der Lebensversicherungsgesellschaft Cosmos beziehungsweise dem Subdirektor Georg Zeig in Wiesbaden, an den die Gesellschaft ihre Rechte abgetreten hat. Das Bargebot der Gesellschaft im Versteigerungstermin belief sich auf 390 M., der Hypothekenanspruch auf 60 000 M.

Aus den Vororten. Schierstein.

Gemeinderatswahl. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Schmidt wurde die Gemeinderatswahl für das Jahr 1912 wie folgt festgestellt: Einnahme 234 032 M., Ausgabe 233 548 M., mithin Mehreinnahme 484 M. Da das Ergebnis der Vorwahl mit 2737,80 M. als gut betrachtet werden kann, wurde die Versteigerung genehmigt. Nach einer Mitteilung der Kreisbauinspektion wird vom 1. April an die Bildung von 13 Gendarbeitsklassen mit 26 Arbeitsstunden und 27 Mähdenturnstunden pro Woche erforderlich, weshalb eine zweite technische Lehrerin notwendig wird. Das Kollegium beschließt demgemäß. Die Arbeiten zur Kanalisation der Dohleimer Straße werden dem Maurermeister Ed. Wehner I. zum Preise von 3756 M. übertragen. Es haben Möbren der Firma Doderhoff u. Schmidt zur Verwendung zu kommen. Dem Geflügelzuchtverein werden zu seiner Ausstellung 20 M. Zuschuß bewilligt. — Vom 1. Januar unterliegen infolge des Inkrafttretens des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung die an öffentlichen Volksschulen tätigen Lehrpersonen der Versicherungspflicht, soweit das Einkommen derselben unter 2500 M. verbleibt. Befreiung ist nur möglich, wenn durch Beschluß der Gemeindeverwaltung den Lehrpersonen im Krankheitsfall ein Anspruch entweder auf Krankengeld oder auf Gehalt oder ähnliche Bezüge im anderthalbfachen Betrage des Krankengeldes auf die Dauer von 26 Wochen zugesichert ist. Ein dementsprechender Beschluß wurde gefaßt.

Nassau und Nachbargebiete.

4. Müdesheim, 20. Jan. Bei Schwefel. Metierprüfung. Herr Heinrich Engelmann kaufte das in der Kellerstraße belegene, selber Herrn Phil. Engelmann gehörige Wohnhaus. — Der Ritter Peter Josef Simon legte dieser Tage die Meisterprüfung sowohl im Praktischen wie im Theoretischen mit der Note „gut“ ab.

7. Bonn, 19. Jan. Jubiläum. Dem amtlichen Kreisblatt schreibt man von Kagenelbogen: „Am 1. Februar kann Lehrer Depp in Allendorf auf eine fünfundsiebzigjährige Amtszeit am Orte zurückblicken. Er hat sich nicht nur als Lehrer der Sympathien der Ortsbewohner zu erfreuen, sondern sich auch als langjähriger Vorsitzender des Lehrervereins, des Pioniervereins und des Interzessionsvereins wesentliche Verdienste erworben.“ Zu Ehren des Jubilars veranstaltet der Lehrerverein Kagenelbogen am 21. Januar eine kleine Feier in der Pionierwirtschaft in Allendorf. Auf Wunsch des Jubilars soll von einer geplanten Ortsfeier abgesehen werden.

8. Frankfurt, 19. Jan. Beim Mangieren tödlich verletzt. Im Hauptbahnhof wurde gestern der Güterbedienstete Nam Hinkel beim Mangieren so schwer verletzt, daß er ins hiesige Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er bald darauf verschied.

Gericht und Rechtsprechung.

Diebstahl auf dem Kirchhofe. Zum Vortage verurteilte am Tage vorher der Richter J. H., ein früherer Fürsorgegänger, einem Bekannten, dem Tagelöhner Sch., dringend Geld zu beschaffen. Um sich dieses zu verschaffen, lud er ihn ein, mit ihm den Friedhof zu besuchen. Man begab sich auch zusammen dorthin, entwendete von einem Grab einen Zündstock, hatte jedoch dann nicht den Mut, den Raub in Sicherheit zu bringen, sondern ließ ihn irgendwo liegen. H. ist rückfällig. Er erhielt für die Tat drei Monate und sein Gefährte eine Woche Gefängnis.

Er kann es nicht lassen. Wegen achtfachen Betrugs im Rückfalle hatte sich vor der Strafkammer in Hirschberg in Schlesien der bereits zweimal wegen Betrugs vorbestrafte „Schrittkeller“ Max Dunkel aus Freiburg i. B. zu verantworten. Dunkel lebte zuletzt in Freiburg, wo er Artikel und Romane in deutsch-nationalen Sinne schrieb. Das Einkommen von 5000 Mark, das er aus dieser Tätigkeit hatte, reichte ihm aber nicht, denn er lebte sehr nobel und unternahm auch weite Reisen. So kam er auch zunächst nach Heidelberg, wo er aus einem Hotel mit 70 M. Logis-schulden durchbrannte, nachdem er auch noch einem Kellner 30 M. abgehört hatte. Dasselbe Manöver wiederholte er dann in einem vornehmen Hotel in Dresden, wo der Wirt 67 M. und der Oberkellner auch 30 M. einbüßten. Noch toller trieb es Dunkel in Schreiberhau, wo er sich als Professor Dr. Treu von der Freiburger Universität in einem

der ersten Hotels einlogierte. Hier nutzte er die flüchtige Bekanntschaft mit einem Geh. Kommerzienrat aus Pölsitz sehr geschickt aus, um sich den Anschein einer größeren Kreditwürdigkeit zu geben. Ja, er sagte sogar dem Hotelwirt, er habe sich mit der Nichte dieses Geh. Kommerzienrats verlobt, und er bestellte ein Verlobungsessen. Ehe das aber gegessen wurde, brante er durch. Dem Wirt blieb er 130 M. für Logis schuldig; außerdem hatte er einem Schreiberhauer Kaufmann zweimal 20 M. und einem Breslauer Fabrikdirektor, dessen flüchtige Bekanntschaft er gemacht hatte, zweimal je 100 M. abgeschwindelt. In Trautenau wurde Dunkel dann verhaftet und später nach Deutschland ausgeliefert. In der heutigen Verhandlung zeigte der Angeklagte ein außerordentlich gewandtes Auftreten und eine große Geschicklichkeit. Das Gericht hielt ihn jedoch für einen gemeingefährlichen Hochstapler, der keine mildernden Umstände verdiene. Das Urteil lautete daher auf drei Jahre Zuchthaus, 900 M. Geldstrafe oder weitere 60 Tage Zuchthaus und vier Jahre Ehrverlust. Der Staatsanwalt, mit dem der Angeklagte in der Verhandlung mehrere heftige Zusammenstöße hatte, hatte sogar vier Jahre Zuchthaus beantragt. Dunkel wurde vor einigen Jahren in Wiesbaden, Mainz und Marburg wegen ähnlicher Geschäfte bestraft.

Sport.

1. Rizza, 20. Jan. (Privattelegr.) Prix des Ceillets, 4000 Fr. 3400 Meter. 1. James Denneson Parthuis (H. Carter), 2. Prédante, 3. Alexandrine, 9. Liefen. Tot. 20:10, Pl. 16, 26, 54:10. — Prix d'Espérance de Paul, 8000 Fr. 2800 Meter. 1. Ch. Blanchet Fronton Basque (Rouppel), 2. Antoinette, 3. Don César, 9. Liefen. Tot. 33:10, Pl. 18, 22, 32:10. — Prix du Casino Municipal, 8000 Fr. 3500 Meter. 1. J. D. Cohns Montmartre (G. Mitchell), 2. Ba Tour, 3. Tripot II, 7. Liefen. Tot. 24:10, Pl. 17, 25:10. — Prix des Anémones, 4000 Fr. 3000 Meter. 1. James Denneson L'Impetueux (H. Carter), 2. Jonraud, 3. Halbronne, 6. Liefen. Tot. 13:10, Pl. 15, 28:10.

Luftfahrt.

6. Berlin, 19. Jan. Der neue große Militär-Luftkrieger „L. 4“ flog heute Vormittag auf dem Regeler Schießplatz unter Führung des Hauptmanns v. Jena zu einer Höhenfahrt über Berlin auf, die der Erprobung der Höhensteuerorgane galt. Nach anderthalbstündiger Fahrt kehrte „L. 4“ nach dem Schießplatz zurück und landete glatt. Die Fahrt verlief zufriedenstellend.

Bermischtes.

Marga, die Rittgutsbesitzerin.

Eine geriebene Heiratschwindlerin, der ein Dresdener Kaufmann ins Garn gegangen war, wurde von der Kriminalpolizei in Berlin entlarvt und hinter Schloß und Riegel gebracht. Der Kaufmann lernte vor einiger Zeit eine nicht mehr ganz junge Dame kennen, die sich ihm unter dem Namen „Marga von Camiro“ vorstellte. Er fand trotz ihrer etwas vorgerückten Jahre Gefallen an ihr. Die Zuneigung wuchs aber noch erheblich, als die Dame gelegentlich erzählte, sie sei eine Tochter des Rittgutsbesizers „Moritz v. Camiro“ aus Stettin, und andeutete, daß sie ein persönliches Vermögen von 38 000 M. besitze. Auch von ihrem Bruder Hans erzählte sie viel, der eine angesehenere Stellung bekleide, und von dem „Onkel Erzellenz“ in Potsdam. Anfang November war „Onkel Erzellenz“, angeblich ein Generalleutnant a. D. in Potsdam, gestorben; Fräulein Marga und ihr Bruder beerbten ihn. Der verlebte Kaufmann glaubte ihr aufs Wort. Um ihn ganz sicher zu machen, fuhr sie nach der Verlobung, die alsbald zustande kam, nach Potsdam und landete unter dem Namen ihres „Bruders“ an ihren Bräutigam folgende Depesche: „Verzichten Sie auf Ihren Bräutigam zum Eintritt in unsere Familie. Hans v. Camiro.“ Das genügte ihr aber noch nicht. Gelegentlich spielte sie dem Bräutigam einige Schriftstücke in die Hände, u. a. auch ein glänzendes Zeugnis von der Schule in Stargard i. P., das auf den Namen einer „Marga v. Camiro“ lautete. Wie sich später ergab, hatte die Schwindlerin sich dieses Zeugnis unter dem Namen einer Schülerin, von der sie wußte, daß sie die Stargarder Schule besucht hatte, kommen lassen. Der Kaufmann war so entzückt, daß er in einem vornehmen Hotel ein reiches Verlobungsessen veranstaltete, für das er ungefähr 1000 M. bezahlte. Er selbst war dazu mit seinen ganzen Angehörigen, Verwandten und Bekannten erschienen. In seiner Verwirrung ließ sich von den Angehörigen der Braut jedoch niemand helfen. Dies machte ihn fertig, und so kam der Stein ins Rollen. Die Kriminalpolizei wurde verständigt, und dieser gelang es endlich, die Schwindlerin, die ihrem Verlobten außer den kostbaren Geschenken und dem Verlobungsessen mehrere hundert Mark gelegentliche „Darlehen“ gefordert hatte, zu ermitteln. Sie entpuppte sich als eine 33jährige Margarete Sad, die uneheliche Tochter einer Frau A. aus Moabit. Wahrscheinlich hat sie noch mehr Opfer ausgebeutet.

Kurze Nachrichten.

Gausuchungen bei Weimarer Zeitungen. In den Redaktionen der Weimarer Zeitungen wurden Gausuchungen abgehalten, um die Urheberchaft von Veröffentlichungen über den bisher von der Regierung streng geheim gehaltenen Entwurf einer neuen Gemeindeordnung festzustellen. Im Ministerium vermutet man, daß die Indiskretion eines Beamten im Spiele ist.

Letzte Drahtnachrichten.

Aus den Reichstagskommissionen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat gestern den Bericht erstattet über die Wahlprüfung des Abg. v. Liebert (14. Wahlkreis, Sachsen, Borna-Pegau). Die Kommission beantragte Ungültigkeit der Wahl. Es ist anzunehmen, daß das Plenum des Reichstages diesem von der Kommission einstimmig gefaßten Beschluß beitreten wird. — Die Reichstagskommission zur Aenderung der Gewerbeordnung berichtete gestern über die strittige Frage der Konkurrenz-Klausel

und entschied sich dahin, daß die Gehaltsgrenze auf 1800 M. festgesetzt werden soll. — Die Budgetkommission des Reichstages beendete die Kassenabrechnung und ging zum Etat des Reichsjubiläumjahres über. Das Zentrum lehnte wieder die neuangeforderte Stelle des 6. Reichsanwaltes, wie im Vorjahre, ab mit der Begründung, daß viel zu viel Spionagefälle beim Reichsgericht anhängig gemacht würden.

Bayern gegen den „Preußentag“.

Aus München meldet der Draht: Am Schluß der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung kamen die Abg. Leibl (Ztr.) und Ditt (Lib.) auf die auf dem Preußentag gegen die bayrische Armee gefaßten Resolutionsurteile zurück und verurteilten diese Angriffe auf die bayrische Armee. Dierauf ergriff der Kriegsminister Freiherr von Kreh das Wort und erklärte, er wisse diese Nachrichten über die Resolutionsurteile für tendenziös halten. Wenn sich die Meldung aber als richtig erweisen sollte, so könne er solche Resolutionsurteile nicht scharf genug brandmarken. Sie würden eine völlige unbegründete Verunglimpfung der glorreichen Taten der bayrischen Armee enthalten, die gerade in den Kämpfen von Orléans sich auf das heldenmütigste geschlagen und sich mit unvergleichlichem Ruhme bedeckt hat.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ nimmt von den Auslassungen der „Bayr. Staatszeitung“ im Falle des Generalleutnants v. Kraft Notiz und veröffentlicht gleichzeitig ein Handschreiben des Generals v. Kraft an den Kriegsminister, in dem er erklärt, daß seine Worte vollständig entstellt worden sein müssen. Es sei ganz unmöglich, daß er etwas gesagt haben sollte, das die Bayern, deren Ritterkreuz mit Schwertern er ja trage, verletzen könnte. Es müsse eine völlige Entstellung seiner Worte vorgenommen worden sein. Er sei empört darüber, daß durch unzulängliche Berichterstattung der Sinn seiner Worte anders gedeutet worden sei. Wenn man die ganzen Kämpfe um Deutschlands Einheit mitgemacht und dafür gekämpft habe, dann sei man im Grunde seines Herzens ein guter Deutscher und geradezu freudig wäre es dann, die Wirtkämpfer zu verletzen zu wollen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt dazu: „Wir glauben, daß diese Erklärung des Generals v. Kraft nicht nur in Bayern, sondern im ganzen Deutschen Reich die Erregung befestigen wird. Die in so vielen Schlachten bewiesene Tapferkeit der Bayern brandt seinen Vergleich zu scheuen. Darin Zweifel zu setzen, wäre eine Verflachung gegen den Geist der Waffenbrüderschaft, mit der die Deutschen aller Stämme zur Einklang der Nation zusammengewirkt haben.“

Die Verhandlung gegen den Grafen Mielczewski.

Der Termin zur Schwurgerichtsverhandlung gegen den Grafen Mielczewski ist auf den 23. Februar in Grätz angelegt.

Telegraphische Kursberichte.

Berlin, 20. Jan. Unter Schwankungen bleibt die Grundtendenz fest, wenn auch bei Eröffnung statt der günstigen Haltung — die anzunehmen war, da alle Auslandsbörsen gestern Festigkeit bekundeten — eine Neigung zu Realisierungen vorherrschend war. Für Vergewerkschaften blieb auch im Verlauf Abschwächung überwiegend mit Ausnahme von Dampfern, die ihren letzten Hochstand noch um 1/2 Proz. überschritten.

Schiffbauaktien blieben auch heute nachgebend. Dania büßte 2 Proz. von der gestrigen Advance ein. Elektrische Werke bröckelten leicht ab. Canada setzten sehr fest ein, verloren aber auf nicht entprechendes London ca. 1 Proz. Reichsanleihe konnten neuerlich um 0,10 auf 76,20 anziehen. In der zweiten Stunde war das Geschäft auf dem bisher vernachlässigten Bankmarkt lebhafter, die Kurse ausziehend im Gegenjag zu der Gesamthaltung. Es wurde auf die Dividendenabschneide verwiesen, die im heutigen Freischaud inbegriffen sind.

20. Jan. Wir nach: Nachbörse. Kreditaktien 203,50. Handelsbank 158 1/2. Deutsche Bank 251 1/2. Diskontokommandit 189 1/2. Dresdener Bank 153 1/2. Staatsbahn 154 1/2. Canada 218. Hochener 218. Laurahütte 156 50. Gelsenkirchen 191. Sarpener 184 75.

Frankfurt, 20. Jan. Kredit- und Sozialaktien. Kreditaktien 203,75. Staatsbahn 154 1/2. Lombarden 22 1/2. Diskontokommandit 189 1/2. Gelsenkirchen 191 1/2. Laurahütte —. Ungarn —. Italiener —. Türkenlohe —.

3 Proz. Reichsanl. 76,25. Gut behauptet.

Paris.	St. Aurs.	St. Aurs.
3 Proz. Rente	85,12	85,92
3 Proz. Italiener	96,90	96,90
4 Proz. Russen Kon. I u. II	—	90,80
4 Proz. Spanier	88,90	89 —
4 Proz. Türken (unif.)	85,40	85,50
Türkische Lote	201 —	202 —
Metropolitain	540 —	542 —
Banque Ottomane	639 —	637 —
Mio Tinto	1733 —	1741 —
Chagtered	24 —	24 —
Debeers	435 —	434 —
Goldrand	53 —	54 —
Goldfunds	54 —	54 —
Handmies	145 —	146 —

Gest. zum Schluß abgeschwächt.

Druck und Verlag: Wiesbadener Verlagsanstalt G. m. b. H. (Direktion: Seb. Riedner) in Wiesbaden. Chefredakteur: Bernhard Grothus. — Verantwortlich für Politik: Bernhard Grothus; für Heftungen und Volkswirtschaftlichen Teil: A. G. Eisenberger; für den übrigen redaktionellen Teil: Carl Dieckel; für den Anzeigenenteil: Paul Langer. Sämtlich in Wiesbaden.

Es wird gebeten, Briefe nur an die Redaktion, nicht an die Redakteure persönlich zu richten.

Osram 1/2 Watt-Lampe

Das neue elektrische Starklicht



600 bis 3000 Kerzen, für große Räume, Säle, Geschäftslöke, sowie für alle Zwecke der Außenbeleuchtung. Keinerlei Wartung und Bedienung. Einfache, billige Installation!

Nr. 2.

Verlosungs-Liste der Wiesbadener Zeitung.

1914.

(Nachdruck verboten.)

Inhalt.

- 1) Argentinische 5% Staats-Anleihe von 1906.
- 2) Badisches 3% Eisenbahn-Anleihen von 1896.
- 3) Bayerische Bodencredit-Anstalt in Würzburg, Pfandbriefe.
- 4) Berliner 4% Stadt-Anleihe von 1904 II. Ausgabe.
- 5) Bevilacqua la Masa 10 Lire-Lose von 1888.
- 6) Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank, Pfandbriefe.
- 7) Braunschweigische Landes-Eisenbahn-Ges., Prioritäts-Obl.
- 8) Bukarester 4 1/2% Stadt-Anl.v.1898.
- 9) Meiningen, 4% Prämien-Pfandbriefe von 1871.
- 10) Magdeburg-Wittenbergische Eisenbahn-Aktien.
- 11) Mailänder 45 Lire-Lose von 1861.
- 12) Oesterreichische Allgemeine Boden-Credit-Anstalt, 3% Präm.-Schuldversch. II. Emission 1889.
- 13) Oesterreichische 4% steuerfreie Eisenbahn-Staats-Schuldverschreibungen von 1909.
- 14) Rheinische Hypothekenbank in Mannheim, Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen.
- 15) Rumänische 4% innere Staats-Anleihe von 1899.
- 16) Serbische Staats-Boden-Kredit-Anstalt (Uprava fondova), 4 1/2% Gold-Anleihe von 1910.
- 17) Ungarische Hypothekenbank, unverzinsliche Prämien-Obl.
- 18) Venediger 30 Lire-Lose von 1869.
- 19) Wiesbadener Kronen-Brauerei A.-G., 4 1/2% Part.-Obl. Emis. 1887.

Die Tilgung für 1913 ist durch Ankauf erfolgt.

2) Badisches 3% Eisenbahn-Anleihen von 1896.
Verlosung am 8. Januar 1914.
Zahlbar am 1. April 1914.
Lit. A. & 5000. 33 35 38 91 176
205 241 261 276 280.
Lit. B. & 1000. 311 315 327 362
370 408 412 485 534 582 698 778 799
827 833 836 843 867 879 950 991 1000
061 071 095 101 166 204 207 272 362
414 456 457 503 517 532 535 582 597
601 611 625 680 685 695 706 745 775
777 784 806 809 890 2032 061 100
130 140 157 163 181 205 244 260 285
310 315 331 427 456 512 516 525 539
541 553 631 646 735 739 790 843 846
879 916 958 966 3048 047 061 078
079 100 154 155 217 246 365 483 487
491 607 640 663 740 752 788 790 893
811 814 827 845 867 877 878 913 960
983 4025 028 042 047 138 190 271
180 215 233 248 273 277 288 291.
Lit. C. & 500. 4301 350 359 381
392 401 406 456 533 553 588 606 621
724 788 806 833 910 985 5006 062
140 162 178 188 255 309 327 344 345
385 500 572 603 621 670 714 741 794
803 839 844 891 903 927 935 972 974
080 113 115 121 202 229 250 259 266
270 283 294 341 346 351 352 374 431
443 462 472 474 505 506 518 541 553
579 584 588 640 673 715 736 756 807
840 850 871 906 923 948 949 952 956
974 985 7033 035 105 107 118 121
129 158 163 200 214 238 260 273 290
333 350 361 385 387 372 415 438 444
475 476 497 600 649 718 811 843 855
875 920 922 956 966 8002 062 122
164 252 277 281 310 326 336 418 422
443 494 510 512 523 601 651 710 791
833 854 855 872 992 9002 022 025
028 044 047 164 183 199 271 285.
Lit. D. & 200. 9321 341 392 421
521 552 572 595 683 705 713 731
745 759 782 808 851 922 973 989 997
10008 057 065 094 122 155 232 237
406 423 425 466 516 530 566 578 606
614 622 696 699 711 772 784 810 823
842 847 855 941 992 996 999 11029
907 082 182 187 195 233 236 321 350
369 414 428 432 459 466 476 477 521
534 563 606 674 676 681 710 734 746
702 779 817 830 877 877 887 939 999
12047 055 056 133 142 150 239 272
278 333 345 346 347 404 418 427 538
563 611 790 800 845 897 917 944
93018 038 114 126 161 225 246 267
350 371 431 453 463 508 545 614 647
654 668 696 742 781 801 821 824 871
920 946 999 14015 073 081 112 140
152 158 225 259 329 330 363 370 378
383 399 420 425 435 508 519 527 529
595 607 608 608 697 716 717 737 746
751 766 789 839 843 850 855 886 890
892 986 12510 044 082 178 215 272
280 310 343 367 369 405 421 445 470
499 508 532 551 573 581 585 642 656
678 702 737 800 808 827 863 866 867
905 955 16005 019 073 084 113 157
179 201 226 228 243 251 265 273 344
380 446 467 478 504 506 531 563 605
634 636 665 696 707 768 822 847 875
877 884 953 970 17011 019 032 100
119 122 145 171 188 252 259 268 275
294 310 316 337 433 437 440 502 517
539 567 578 612 641 734 771 799 803
837 844 864 878 937 18017 097 119
171 190 240 246 271 280 286 336 380
400 679 597 599 604 619 623 750 783
785 790 798 900 930 973 974 987
19027 036 095 100 125 172 208 219
236 285 286.

3) Bayerische Bodencredit-Anstalt in Würzburg, Pfandbr.

Verlosung am 20. Dezember 1913.
Zahlbar am 1. April 1914.
Lit. A. & 5000. 33 35 38 91 176
205 241 261 276 280.
Lit. B. & 1000. 311 315 327 362
370 408 412 485 534 582 698 778 799
827 833 836 843 867 879 950 991 1000
061 071 095 101 166 204 207 272 362
414 456 457 503 517 532 535 582 597
601 611 625 680 685 695 706 745 775
777 784 806 809 890 2032 061 100
130 140 157 163 181 205 244 260 285
310 315 331 427 456 512 516 525 539
541 553 631 646 735 739 790 843 846
879 916 958 966 3048 047 061 078
079 100 154 155 217 246 365 483 487
491 607 640 663 740 752 788 790 893
811 814 827 845 867 877 878 913 960
983 4025 028 042 047 138 190 271
180 215 233 248 273 277 288 291.
Lit. C. & 500. 4301 350 359 381
392 401 406 456 533 553 588 606 621
724 788 806 833 910 985 5006 062
140 162 178 188 255 309 327 344 345
385 500 572 603 621 670 714 741 794
803 839 844 891 903 927 935 972 974
080 113 115 121 202 229 250 259 266
270 283 294 341 346 351 352 374 431
443 462 472 474 505 506 518 541 553
579 584 588 640 673 715 736 756 807
840 850 871 906 923 948 949 952 956
974 985 7033 035 105 107 118 121
129 158 163 200 214 238 260 273 290
333 350 361 385 387 372 415 438 444
475 476 497 600 649 718 811 843 855
875 920 922 956 966 8002 062 122
164 252 277 281 310 326 336 418 422
443 494 510 512 523 601 651 710 791
833 854 855 872 992 9002 022 025
028 044 047 164 183 199 271 285.
Lit. D. & 200. 9321 341 392 421
521 552 572 595 683 705 713 731
745 759 782 808 851 922 973 989 997
10008 057 065 094 122 155 232 237
406 423 425 466 516 530 566 578 606
614 622 696 699 711 772 784 810 823
842 847 855 941 992 996 999 11029
907 082 182 187 195 233 236 321 350
369 414 428 432 459 466 476 477 521
534 563 606 674 676 681 710 734 746
702 779 817 830 877 877 887 939 999
12047 055 056 133 142 150 239 272
278 333 345 346 347 404 418 427 538
563 611 790 800 845 897 917 944
93018 038 114 126 161 225 246 267
350 371 431 453 463 508 545 614 647
654 668 696 742 781 801 821 824 871
920 946 999 14015 073 081 112 140
152 158 225 259 329 330 363 370 378
383 399 420 425 435 508 519 527 529
595 607 608 608 697 716 717 737 746
751 766 789 839 843 850 855 886 890
892 986 12510 044 082 178 215 272
280 310 343 367 369 405 421 445 470
499 508 532 551 573 581 585 642 656
678 702 737 800 808 827 863 866 867
905 955 16005 019 073 084 113 157
179 201 226 228 243 251 265 273 344
380 446 467 478 504 506 531 563 605
634 636 665 696 707 768 822 847 875
877 884 953 970 17011 019 032 100
119 122 145 171 188 252 259 268 275
294 310 316 337 433 437 440 502 517
539 567 578 612 641 734 771 799 803
837 844 864 878 937 18017 097 119
171 190 240 246 271 280 286 336 380
400 679 597 599 604 619 623 750 783
785 790 798 900 930 973 974 987
19027 036 095 100 125 172 208 219
236 285 286.

4) Berliner 4% Stadt-Anl. von 1904 II. Ausgabe.

Die Tilgung per 1. Januar 1914 ist durch Ankauf erfolgt.

5) Bevilacqua la Masa, 10 Lire-Lose von 1888.

Verlosung am 31. Dezember 1913.
Zahlbar am 2. Februar 1914.

6) Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank, Pfandbriefe.

Verlosung am 13. Dezember 1913.
Zahlbar am 1. April 1914.

7) Braunschweigische Landes-Eisenbahn-Ges., Prioritäts-Obl.

Verlosung am 1. April 1914.

8) Bukarester 4 1/2% Stadt-Anleihe von 1898.

Anleihe von 28,650,000 Lei.

Verlosung am 1. April 1914.

9) Deutsche Hypothekenbank in Meiningen.

4% Prämien-Pfandbr. v. 1871.

Verlosung am 2. Februar 1914.

10) Magdeburg-Wittenbergische Eisenbahn-Aktien.

Verlosung am 2. Januar 1914.
Zahlbar am 1. Juli 1914.
Lit. A. & 5000. 33 35 38 91 176
205 241 261 276 280.
Lit. B. & 1000. 311 315 327 362
370 408 412 485 534 582 698 778 799
827 833 836 843 867 879 950 991 1000
061 071 095 101 166 204 207 272 362
414 456 457 503 517 532 535 582 597
601 611 625 680 685 695 706 745 775
777 784 806 809 890 2032 061 100
130 140 157 163 181 205 244 260 285
310 315 331 427 456 512 516 525 539
541 553 631 646 735 739 790 843 846
879 916 958 966 3048 047 061 078
079 100 154 155 217 246 365 483 487
491 607 640 663 740 752 788 790 893
811 814 827 845 867 877 878 913 960
983 4025 028 042 047 138 190 271
180 215 233 248 273 277 288 291.
Lit. C. & 500. 4301 350 359 381
392 401 406 456 533 553 588 606 621
724 788 806 833 910 985 5006 062
140 162 178 188 255 309 327 344 345
385 500 572 603 621 670 714 741 794
803 839 844 891 903 927 935 972 974
080 113 115 121 202 229 250 259 266
270 283 294 341 346 351 352 374 431
443 462 472 474 505 506 518 541 553
579 584 588 640 673 715 736 756 807
840 850 871 906 923 948 949 952 956
974 985 7033 035 105 107 118 121
129 158 163 200 214 238 260 273 290
333 350 361 385 387 372 415 438 444
475 476 497 600 649 718 811 843 855
875 920 922 956 966 8002 062 122
164 252 277 281 310 326 336 418 422
443 494 510 512 523 601 651 710 791
833 854 855 872 992 9002 022 025
028 044 047 164 183 199 271 285.
Lit. D. & 200. 9321 341 392 421
521 552 572 595 683 705 713 731
745 759 782 808 851 922 973 989 997
10008 057 065 094 122 155 232 237
406 423 425 466 516 530 566 578 606
614 622 696 699 711 772 784 810 823
842 847 855 941 992 996 999 11029
907 082 182 187 195 233 236 321 350
369 414 428 432 459 466 476 477 521
534 563 606 674 676 681 710 734 746
702 779 817 830 877 877 887 939 999
12047 055 056 133 142 150 239 272
278 333 345 346 347 404 418 427 538
563 611 790 800 845 897 917 944
93018 038 114 126 161 225 246 267
350 371 431 453 463 508 545 614 647
654 668 696 742 781 801 821 824 871
920 946 999 14015 073 081 112 140
152 158 225 259 329 330 363 370 378
383 399 420 425 435 508 519 527 529
595 607 608 608 697 716 717 737 746
751 766 789 839 843 850 855 886 890
892 986 12510 044 082 178 215 272
280 310 343 367 369 405 421 445 470
499 508 532 551 573 581 585 642 656
678 702 737 800 808 827 863 866 867
905 955 16005 019 073 084 113 157
179 201 226 228 243 251 265 273 344
380 446 467 478 504 506 531 563 605
634 636 665 696 707 768 822 847 875
877 884 953 970 17011 019 032 100
119 122 145 171 188 252 259 268 275
294 310 316 337 433 437 440 502 517
539 567 578 612 641 734 771 799 803
837 844 864 878 937 18017 097 119
171 190 240 246 271 280 286 336 380
400 679 597 599 604 619 623 750 783
785 790 798 900 930 973 974 987
19027 036 095 100 125 172 208 219
236 285 286.

Prämien:

20.000 Lire. Serie 24354 Nr. 63.

1500 Lire. Serie 10452 Nr. 62.

689 Lire. Serie 5042 Nr. 3.

100 Lire. Serie 1518 Nr. 12.

50 Lire. Serie 18536 Nr. 5 19

46 55 59 65 85 87 96 98.

10 Lire. Alle übrigen in obigen

Serien enthaltenen Nummern.

Von Serie 15917 nur die Nrn.

1-5 7-9 12 14 16-23 26 28-31

33 34 36-41 43 44 46 48-50 52

54-58 60 62 65 67 69 71 72 74

77-82 86 88 89 92-94 98.

11) Mailänder 45 Lire-Lose von 1861.

Verlosung am 2. Januar 1914.

12) Oesterreichische Allgemeine

Boden-Credit-Anstalt, 3% Präm.-

Schuldversch. II. Emission 1889.

Verlosung am 1. April 1914.

13) Oesterreichische 4% steuerfreie

Eisenbahn-Staats-Schuldverschrei-

bungen von 1909.

Verlosung am 1. April 1914.

14) Rheinische Hypothekenbank in

Mannheim, Pfandbriefe und

Kommunal-Obligationen.

Verlosung am 1. April 1914.

15) Rumänische 4% innere Staats-

Anleihe von 1899.

Verlosung am 1. April 1914.

16) Serbische Staats-Boden-Kredit-

Anstalt (Uprava fondova), 4 1/2%

Gold-Anleihe von 1910.

Verlosung am 1. April 1914.

17) Ungarische Hypothekenbank,

unverzinsliche Prämien-Obl.

Verlosung am 1. April 1914.

18) Venediger 30 Lire-Lose von 1869.

Verlosung am 1. April 1914.

19) Wiesbadener Kronen-Brauerei

A.-G., 4 1/2% Part.-Obl. Emis. 1887.

Verlosung am 1. April 1914.

20) Wiesbadener Kronen-Brauerei

A.-G., 4 1/2% Part.-Obl. Emis. 1887.

Verlosung am 1. April 1914.

